

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung eine Mark für monatlich 4.— Mk., bei Zustellung unter Straßband 4.— Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitung für 1919 eingetragene Zeitung. Redaktion: Verlu NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Nord-Nummern 2405 und 2506.

Inhaltsverzeichnis der achtzehnten Monatshefte über deren Raum 1,20 Mk., Westpreußen das selbige 1,20 Mk., (siehe weiteres No. 25). Fernsprechnummer 30 000. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitung für 1919 eingetragene Zeitung. Redaktion: Verlu NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Nord-Nummern 2405 und 2506.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ende des Telegraphenarbeiter-Streiks.

Eine riesige, nach mehreren Tausenden zählende Versammlung der streikenden Telegraphenarbeiter und ihrer Angehörigen fand gestern abend in der Unionsbrauerei, Hasenheide statt. Zu Eingang verlas Heisen eine Anzahl Sympathiegramme aus dem Reich und Oesterreich. Magdeburg und Oberschlesien hatten bereits den Streik beschlossen. Dann gab Bundessekretär Ballenhius Bericht über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen. Er forderte diejenigen Tageszeitungen auf, die die ungenaue Mitteilung gebracht hatten, die Streikkommission wäre am Sonntag nicht zur Verhandlung erschienen, sich zu verächtigen, denn die Kommission hatte den ganzen Sonntag vergeblich auf eine Einladung der Oberpostdirektion gewartet. Scharf wandte sich der Redner gegen die Aussagen der Oberpostdirektion, bei jeder Arbeitsüberlegung die vorchriftsmäßige Kündigung einzuhalten und stellte alle die Kräfte bloß, die man damit wohl im Auge hatte. Das Reichsarbeitsministerium muß nachweisen, mit welchen gesetzlichen Mitteln die Telegraphenarbeiter zu der Annahme dieser Forderungen gezwungen werden können.

In der Verhandlung sagte die Streikkommission ihren von uns am Sonntag veröffentlichten Standpunkt. Der Oberpostdirektor hielt darauf die lang erwartete Friedensrede, und gestern abend traf endlich, nachdem der Oberpostdirektor beim Reichspostminister in Weimar gewesen war, die befriedigende Antwort der Oberpostdirektion ein. Damit gilt der Streik als beendet.

Die 257 entlassenen Telegraphenarbeiter werden sofort wieder eingestellt, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Arbeit wird somit heute wieder aufgenommen, wie die Versammelten in einer diesbezüglichen Resolution beschlossen hatten.

Es ist zu begrüßen, daß sowohl die Oberpostdirektion Berlin wie auch der Reichspostminister noch in letzter Minute eingelenkt haben und die Entlassungen rückgängig machen. Die Gefahr einer gewaltigen Ausdehnung des Telegraphenarbeiterstreiks stand zu nahe, und was das für das öffentliche Leben zu bedeuten hat, haben wir bereits ausgeführt. Soffentlich werden nun aus dem Postbetrieb auch alle die obrigkeitlichen Manieren verschwinden, die

nach der Revolution keinen Platz mehr in irgendeinem Betrieb haben dürfen.

Der Streik in den Siemenswerken.

Die Lage des Streiks in den Siemensbetrieben ist noch unverändert. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verharren einmütig im Kampfe. Die Angestellten und Beamten haben den Ausständigen ihre volle Sympathie ausgedrückt. Die Verhandlungen, die, wie wir bereits berichtet haben, am Sonnabend erfolglos abgebrochen worden sind, wurden gestern nachmittag fortgesetzt. Das Reichsarbeitsministerium ist ersucht worden, eine unparteiische Persönlichkeit zu entsenden, die den Vorstoß übernehmen soll. Der Ausschuss selbst ist paritätisch zusammengesetzt. Beide Parteien haben sich dahin verständigt, daß es bald zu einem Schiedsspruch kommen muß, in dessen ist es zweifelhaft, ob dieser Spruch zur Annahme gelangen wird.

In einer Riesensammlung, wie sie der Spandauer See schon lange nicht gesehen hat, nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag nachmittag den Bericht über die gegenwärtige Lage des Streiks entgegen. Dieser Bericht ist bei Arbeiterkreisen bereit auszurollen in dem Kampf für ihre gerechte Sache. In diesem Sinne bewegte sich die Ausführungen aller Redner. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Gestern vormittag 11 Uhr findet im Vergnügungspark Jungfernheide abermals eine Versammlung der Streikenden statt, in der zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen Stellung genommen werden soll.

Von Mitgliedern des Arbeiterausschusses des Bismarckwerkes, Göt. Siemens u. Co., wird uns mitgeteilt, daß kein einziger der im Werk beschäftigten Kollegen der gelben Organisation angehört. Auch sei von der Betriebsleitung nicht der leiseste Versuch gemacht worden, die Arbeiter bei Wiedereinnahme der Arbeit, zum Beitritt in den gelben Verband zu bewegen. Als lohnenswerte Arbeiter löste für die dort Beschäftigten nur die freie Gewerkschaft in Frage.

Versammlung aller Kolleginnen und Kollegen des Siemens-Konzerns Dienstag vormittag 11 Uhr im Vergnügungspark Jungfernheide. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen vom Montag. Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen dringend notwendig. Zentralleitung.

Der sozialdemokratische Wahlsieg in Schweden.

Stockholm, 28. Juli. Bei den Wahlen zur ersten Kammer des schwedischen Reichstags wurden gewählt: 48 (19) Mehrheitssozialisten, 41 (43) Liberale, 39 (86) Konservative, 10 (9) Vertreter des Bauernbundes, 8 (0) Vertreter des Reichsverbandes der Landwirte, 4 (2) Landsozialisten. Das neue demokratische Wahlrecht hat die konservative Mehrheit in der ersten Kammer beseitigt. Die Mehrheitssozialisten und die Liberalen, die im Herbst 1917 auf Grund ihrer Mehrheit in der zweiten Kammer die Bildung der Regierung übernommen haben, verfügen jetzt auch über die Mehrheit in der ersten Kammer. Bemerkenswert ist der Erfolg der Bauernbewegung, die sich äußerlich von der konservativen Partei losgelöst hat, ihr aber noch immer nahesteht.

Der Bergarbeiterstreik in England noch nicht beendet.

H. N. Gaag, 28. Juli. Aus London wird gemeldet: Gegen alle Erwartungen ist der Streik in Yorkshire noch nicht beendet. Vor der Entscheidung der Regierung wird abgewartet werden und außerdem verlangt Smith, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bergarbeiter in Yorkshire, daß die Bergwerkeigentümer zuerst entgegenkommen sollen. Es scheint, daß die Wirkung, die die Regierungsformel über den Stücklohn in Yorkshire haben wird, noch zweifelhaft ist, und daß die Bergarbeiter noch sehr mißtrauisch sind. Sie wollen ihre 14 Prozent Lohnerhöhung, und die Formel der Regierung ist ihnen, wie der „Daily Herald“ meldet, sehr unangenehm. Das Blatt hält es für unwahrscheinlich, daß die Arbeit diese Woche wieder aufgenommen wird.

Zollvertrag in der Kalkind. strie.

Berlin, 28. Juli. (B. T. N.) Der Zollvertrag zwischen den Kalkunternehmern und den Kalkarbeitern ist unter Vermittlung des Reichs-Industrie-

ministeriums, vertreten durch Geheimen Oberregierungsrat Gehrmann, abgeschlossen und unterschrieben worden. Die Annahme der Preisliste des Kalkindustrials im Reichsrat ist ebenfalls erledigt. Die Kalkwerke sind sofort verhängigt worden, den Abschluß dieses Zollvertrags durch Ausschlag bekannt zu geben.

Amerikanische Truppen für Oberschlesien.

H. N. Gaag, 28. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Friedenskonferenz beschlossen, alliierte Streitkräfte nach Oberschlesien zu senden, die die Volksabstimmung kontrollieren sollen. Es wurde vereinbart, daß die Besetzung durch amerikanische Truppen erfolgen soll. Da die Amerikaner in Europa aber nur 30 000 Mann unterhalten wollen, dürfte es schwierig sein, eine amerikanische Besatzung für Oberschlesien zu erhalten, es sei denn, daß Frankreich sein Truppenkontingent am Rhein verstärkt.

Deutsche Metallergzeugnisse für England.

H. N. Gaag, 28. Juli. Zwischen einer englischen Finanzgruppe und einer holländischen Firma als Zwischenstelle wurde eine Abmachung mit deutschen Sportleuten und Fabrikanten über die Ausfuhr deutscher Metallergzeugnisse nach England getroffen. Dies ist das erste Ergebnis der Aushebung der Ausfuhrbeschränkungen nach England.

Neue Negers-Unruhen in Amerika.

H. N. Gaag, 28. Juli. Aus Chicago wird gemeldet: Im Negerdistrikt kam es gestern wieder zu Negerunruhen, wobei verschiedene Personen getötet wurden. Ein Neger ist ertrunken, einer tödlich verunletzt. Man ist jetzt Herr der Situation.

Neue Enthüllungen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Weimar, den 28. Juli 1919.

Für die heutige Sitzung wurde eine große Rede Davids erwartet, aber die Erwartungen wurden enttäuscht. Die Kritik der Regierung in der heutigen Sitzung ging offenbar dahin, nicht agitatorische Reden gegen die Rechte von Leuten halten zu lassen, die selbst schwer belastet sind, sondern durch Tatsachen und Feststellungen zu wirken. So begründete David in aller Kürze den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof, während die Enthüllungen Erzbergers später durch Hermann Müller ergänzt wurden.

Nach David begann der Demokrat Gothein eine Polemik gegen rechts und links. Er suchte zunächst durch eine lüdenhafte Darstellung seine Fraktion von der Schuld zu reinigen, daß sie wohl für die Ablehnung des Friedens gewesen ist, aber vor der Diktatorisierung gewittert habe. Er griff nach dem Strohhalm, daß am 22. Juni durch den Antrag der Unabhängigen Fraktion der Regierung Mandatvollmacht gegeben worden sei, aber er verwirklichte, daß noch am 23. Juni mittags die Regierung der Presse erklärte, daß sie keine Mandatvollmacht habe. Er wandte sich dann gegen die Adolfsiten, läßt aber zugleich Kritik an Herrn Erzberger, der von der Schuld nicht freisprechen sei, daß der Bericht Gerns im Ausland bekannt geworden sei, und stellte zugleich fest, daß auch das von der Adolfsiten Fraktion geäußert habe. Zum Schluß formuliert er das kapitalistische Programm der Demokraten: kein Sozialismus, sondern freier Wettbewerb. Die Unternehmer dürfen nicht durch die Sozialisierung abgedrückt, die Arbeiter müßten zur Arbeit gelehrt werden. Sein Slogan für die Arbeiter ist: Die Arbeiter müssen arbeiten um der Arbeit willen, das ist ständige Pflicht.

Das ist die schärfste Befehlsgebung der kapitalistischen Weltanschauung. Kapital, Lebensfreude, Erleichterung geistiger Ziele, das alles muß in der Zielsetzung der Arbeiter zurücktreten, sie müssen arbeiten um der Arbeit selbst willen. Scharfer konnte den Arbeitern nicht gesagt werden, daß sie noch wie vor für das Bürgerium nichts sein sollen als Werkzeuge, keine Menschen.

Hermann Müller ging zuerst auf die Ausführungen unseres Genossen Dase über die Verhältnisse im Baltikum, über die Fortsetzung der Verbündungen für die Ostländer ein. Seine Antwort war stereotyp. Das Kabinett habe beschlossen, diese Dinge abzustellen; wenn trotzdem nicht dementsprechend gehandelt werde, so müsse eingeschritten werden. Diese Regierung ist so wenig sicher, daß ihre Anordnungen von den Offizieren befolgt werden, daß sie nicht zu sagen vermag, ob ihre Anordnungen ausgeführt werden oder nicht. Er nahm dann Stellung zu den Fällen Kzeirod und Nabel. Er stellt sich im Falle Nabel auf einen formalistisch-kühlen Standpunkt, der deutlich den Willen erkennen läßt, zu der russischen Sowjet-Republik nicht in freundschaftliche oder gar herzliche Beziehungen zu treten, sondern sich lediglich in den Formen eines diplomatischen Verkehrs zu halten, der die Nichtfreundschaft gegen Rußland nur zu deutlich zum Ausdruck bringen soll. Er begann dann mit einer Ergänzung der Erzbergerischen Enthüllungen. Er stellte fest, daß der Waffenstillstand nicht durch die Revolution, sondern durch die Oberste Obergerichtung verursacht worden sei. Er ergänzte die Ausführungen Erzbergers über den Fall Taceli durch die Bekanntgabe des Wortlautes der englischen Note an den Papst, die den Schritt Tacelis zur Folge hatte und kündigte an, daß er weitere Nachforschungen anstellen lassen und das Ergebnis bekanntgeben werde. Aber auch die Dokumente über den Kriegsausbruch würden veröffentlicht werden. Den Schluß bildete eine Polemik gegen die Deutschnationalen.

Die Situation schien nach den bisherigen Vorgängen für die Deutschnationalen unheilbar, aber der zweite Redner der Deutschnationalen, Herr Schulz-Bronberg, ging trotzdem zu erneuten Angriffen auf Erzberger über. Er rühte die Schwächen der Erzbergerischen Position gelächelt aus und behauptete mit der üblichen Unversorgenheit, die man nach von der Vaterlandspartei her gewöhnt ist: Ja wir, wir haben von allem nichts gewußt, sonst müßten auch wir die damalige Haltung des Sängers Michaels beurteilen. Aber Herr Erzberger hat es ja gewußt. Warum hat er im September 1917 nicht das Vaterland gerettet? Er hielt den Mehrheitsparteien vor, daß sie Michaels und Mühlmann gestützt und verteidigt, während die Konservativen sie bekämpft hätten, und daß am 28. September 1917 Erzberger im Sandtausch des Reichstages erklärt habe, daß die Antwort der Regierung Michaels vom 24. September abhänge und die Regierung

gestützt werden müsse, trotzdem er die Vorgänge gekannt habe. Schließlich hielt er Erzberger noch vor, daß er auch sein Verhältnis zum Grafen Czernin nicht richtig dargestellt habe. Er setzte seine Verteidigungsweise fort, indem er an die Beziehungen von namhaften demokratischen und Zentrumsparteiführern zur Vaterlandspartei erinnerte.

Nach ihm durfte Herr Bauer, der Ministerpräsident, das Wort ergreifen. Er versicherte, er wolle keinen Arbeitszwang in Deutschland einführen, und polemisierte dann gegen Schulz und Strafe. Gegenüber den bisherigen Reden des Ministers dieses Kabinetts sprach diese Polemik gewaltig ab. Sie hinterließ nicht den Eindruck, als ob Herr Bauer der geistige Leiter dieser Regierung sei. Er setzte dann die Enthüllungen aus den Dokumenten fort und gab einen Brief von Michaelis an Hindenburg vom 9. September 1917 und die Antwort Hindenburgs an Michaelis, sowie eine Stelle aus einer Denkschrift Ludendorffs bekannt, aus der klar hervorgeht, daß im September 1917 die annexionsistische Auffassung der belgischen Frage im Kabinet vom 11. September geistig habe. Als er die Frage aufwarf, wer denn hinter jenen annexionsistischen Treibereien gestanden hätte, und deutlich auf die Schwereindustrie hinwies, kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen ihm und der Rechten. Er schloß: Das Volk wird sich gegen jene annexionsistische Schwereindustrie am besten schützen können dadurch, daß es die reichen Erwerbsquellen der Schwereindustrie der Allgemeinheit zuführt. Aber will das die Regierung Bauer? Ist ihr Programm nicht gerade ein Programm gegen den Sozialismus?

Dem nominellen folgte der eigentliche Ministerpräsident. Herr Erzberger übernahm die Verteidigung der ehemaligen Reichspartei des Reichstags. Er behauptete, daß sie durch Michaelis getäuscht worden seien und daß sie sich auf die Erklärungen von Michaelis verlassen hätten. Für sich brachte er vor, daß er über den Inhalt des Briefes und des Duntius-Paceli nicht informiert gewesen sei und daß er durch sein Ehrenwort gezwungen worden sei, über die Tatsache des Briefwechsels zu schweigen. Diese Darlegungen führten abermals zu überaus heftigen Zusammenstößen mit der Rechten, die in fortgesetzten Zwischenrufen Michaelis Herrn Rühlmann als den Verantwortlichen bezeichneten. Herr Erzberger griff die Rechte in der schärfsten Form an und hielt ihr vor, daß sie zwar die bürgerliche Regierung damals bekämpft habe, daß sie aber mit der tatsächlichen Regierung der annexionsistischen Obersten Heeresleitung verhandelt habe. Damit hatte er Recht, aber darin liegt die große Schuld der damaligen Reichspartei, daß sie die Tatsache, daß die Oberste Heeresleitung die tatsächliche Regierung Deutschlands war, immer verleugnet und dem Volke zu verbergen gesucht haben.

Nach Schluß gipf die Preussische Landwirtschaftsminister auf die Angriffe des Deutschnationalen Säulz wegen der Landarbeiterstreiks ein.

In einer persönlichen Bemerkung stellte Genosse Haase fest, daß er ausdrücklich gesagt habe, Bauer wolle den Arbeitszwang nicht. Wozu in gegenüber hielt Haase seine Darstellung der Vorgänge vom 21. Juni voll ausreicht.

Die Regierungsvertreter haben angeklagt, daß weitere Verhöre notwendig seien. Darum aber, so muß gesagt werden, warum ist dies Material nicht schon längst veröffentlicht worden? Warum nicht in der Zeit zwischen dem Zusammentritt der Nationalversammlung und dem Abschluß des Friedensvertrages? Warum ist jene kurze Wendung gegen die Rechte nicht vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages vorgenommen worden, sondern warum hat man im Ausland den Eindruck entstehen lassen, daß die Rechte des Krieges immer noch in Deutschland mächtig seien? Diese Fragen beantwortet nicht die Parteien, die jetzt Anklagen gegen Reich erhoben, selbst schuldig sprachen, denn diese Enthüllung ist zugleich die Enthüllung ihrer eigenen Schuld.

Sonderbare Kenntnisse des Friedensvertrags.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte in ihrer Freitagabendausgabe in einer Polemik gegen die Behauptung aufgestellt, die Tätigkeit der Einwohnerwehren verstoße nicht gegen den Friedensvertrag, da der Artikel 164 eine mögliche Vermeidung der Gewehr- und Selbstwehr vorsehe. Wir stellen demgegenüber fest, daß der Artikel 164 des Friedensvertrages mit keinem Worte die Tätigkeit und den Umfang der Polizei berührt. Der „Vorwärts“, dem jedes Mittel im Kampf gegen die „Freiheit“ recht ist, eilt jetzt der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu Hilfe, bezieht sich auf den Inhalt des Friedensvertrages und läßt dabei eine Stelle von Schimpfworten auf die eingehen, es sich nicht lohnt, weil wir der Selbstschärfe des „Vorwärts“ keinen Abbruch tun wollen.

Zur Sache selbst stellen wir fest, daß unsere Behauptung sich auf den Friedensvertrag stützt, der im Auftrage des Auswärtigen Amtes in der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Charlottenburg, erschienen ist, also authentischen Charakter trägt, und wir wiederholen dabei noch einmal, daß im Artikel 164 dieses authentischen Vertrages die Tätigkeit und der Umfang der Polizei mit keinem Worte erwähnt wird.

Zahl und Umfang der Polizeikräfte werden in diesem Vertrag lediglich in Artikel 168 behandelt. Und zwar wird in diesem Artikel ausdrücklich gesagt, daß Deutschland „die Zahl der Gendarmen sowie Angestellten und Beamten der Polizeiverwaltungen für eine Reihe von Gemeinden nur im Verhältnis an der seit 1913 eingetretenen Bevölkerungszunahme“ vergrößern darf. Selbst wenn sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in der Ausgabe des Artikels geirrt haben sollte, bleiben ihre Angaben sachlich unrichtig. Denn die Wohnbevölkerung der Gemeinden geht in die Rechnung ein; sie haben daher in keinem Verhältnis zu der Zunahme der Bevölkerung, zumal die Einwohnerwehren nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande große Reserven und starke Mitwirkungskraft aufweisen, also ganz ungeschwächt gegen den Friedensvertrag verstoßen.

Der „Vorwärts“ ist also bei seiner Heftigkeit, die er der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ tut, recht tapfer zu Werke gegangen. Er hat die Friedensbedingungen mit dem authentischen Friedensvertrag verwechselt, und wir müssen ihm dies gewiß nicht übel, da er sich bei der harten Bedrängnis, in der er sich befindet, eine gewisse Kenntnis des Friedensvertrages nicht aneignen kann. Bei ihm gestellt sich, um mit seinen eigenen Worten zu reden, zur Lüge die Dummheit gepaart mit völliger Unkenntnis der Materie und der Gemein-

heit der Bestimmung. Ueberflüssig zu sagen, daß er mit solchen Methoden den Untergang seiner Partei nicht aufhalten kann, sondern nur beschleunigen wird.

Inkonsequente Verleumder.

Der „Vorwärts“ erlaubt sich die verleumderische Unterstellung, die Unabhängigen und die „Freiheit“ hätten der französischen Regierung zarte Bünde gegeben, um den Unabhängigen zur Regierung zu verhelfen und er deutet hinterhältig an, daß wir deshalb für die Unterzeichnung des Friedens eingetreten seien. Der „Vorwärts“ lügt natürlich, da er sich genau erinnern muß, daß die Partei durch Haase offiziell erklärt hat, sie könne auch werde die Regierung nicht übernehmen. Demnach konnte der „Vorwärts“ nicht genug schimpfen über diese Freiheit „Furcht vor Verantwortung“. Jetzt erhebt er die umgekehrte Beschuldigung. Wenn der „Vorwärts“ schon nicht anders mehr polemisieren kann, als mittels verächtlichster Verleumdung, so sollte er doch wenigstens nicht so dumm sein, seine Beschimpfungen von heute durch die Beschimpfungen von gestern selbst büßen zu lassen.

Der Friedensvertrag vor der italienischen Kammer.

Rom, 28. Juli.

Rizzi legte in der Kammer den Friedensvertrag von Versailles vor. Der Vertrag wird an eine 24gliedrige Kommission überwiesen werden, die vom Präsidenten der Kammer zu ernennen ist.

Der Bankbeamtenführer Marx erneut verhaftet.

Ostern ist der Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, Benno Marx, im Anschluß an eine Vernehmung, zu der er als Zeuge geladen war, erneut verhaftet worden. Der Staatsanwalt wirft ihm Verunglimpfung der Ehre seines Kollegen Emonts vor. Die Haltung des Staatsanwalts ist unbegreiflich und überdies unaufrichtig, denn noch am Sonnabend stellte sich Herr Marx auf eine ihm bekanntgegebene Mitteilung von seiner bevorstehenden Festnahme dem Staatsanwalt freiwillig zur Verfügung, worauf er mit der bestimmten Erklärung entlassen wurde, daß zu seiner Verhaftung kein Grund vorliege. Tatsächlich ist auch nicht ein flüchtiger Verdacht gegen Marx faßbar. Durch Duhende von Jungen ist bereits berichtet, daß er an allen Vorgängen in der Versammlung, auch der der Staatsanwalt das Material zu seiner Anschuldigung hat, völlig unbeteiligt ist. Außerdem lag ihm ganz fern, sich dem Bereich des Staatsanwalts zu entziehen. Demnach stellt sich die Festnahme des Herrn Marx als eine durch nichts gerechtfertigte Handlung dar, die in den Reihen der durch die fortgesetzten Verengungen durch die Staatsanwaltschaft ohnehin erregten Bankbeamten neue Enttäuschung auslöst hat. Der Eindruck verstärkt sich immer mehr, daß durch die Befestigung der gerade jetzt unentbehrlichen Führer der Organisation diese selbst zertrümmert und damit die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bankbeamten auf lange hinaus unmöglich gemacht werden soll.

Vor einigen Tagen, als Genosse Marx sich freiwillig dem Staatsanwalt stellte, teilte er uns folgendes mit:

Ich weiß wohl, daß die Untersuchungsstelle keine angenehme Sache ist, wenn ich mich aber dennoch entschlossen habe, mich ihr freiwillig zu unterziehen, trotzdem mir Zeit genug zur Verfügung gestanden hätte, mich unsichtbar zu machen, so sind für diesen Entschluß folgende Gründe entscheidend: Hätte ich mich der Verhaftung entzogen, dann würde gleich der ganze Chor der bürgerlichen Presse über die Bankbeamten-Gewerkschaft herfallen, die gegen und die Schreckensorganisationen im Bankgewerbe würden wieder massenhaft Flugblätter verbreiten und sagen: Marx ist geflüchtet, weil er Grund dazu hatte; das sei ein neuer Beweis dafür, daß die Angestellten der Bankgewerbes durch den Allgemeinen Verband der Bankbeamten politisch mißbraucht worden ist.

„Daraus aus diesem Verband“, würde dann die Parole dieser Rechte sein. Und was durch die Emonts-Dehe nicht gelungen ist, das soll dann durch die Marx-Dehe erreicht werden, nämlich, die einzige gewerkschaftliche Bankbeamtenorganisation zu zertrümmern und damit die Angestellten der Banken der Gefahr der Bankrottierungen auf Geheiß und Verberd auszuliefern.

Weil ich das als Führer verhindern will und muß, deshalb habe ich mich freiwillig einsperren lassen. Ich will dadurch zweierlei dokumentieren:

1. daß ich, wenn das Interesse der Organisation es erfordert, auch vor Gefängnismauern nicht zurückschrecke,
2. um allen denjenigen, die es angeht, zu zeigen, daß ich keinerlei Anklage zu fürchten habe.

Meine Verhaftung soll auch dem letzten Bankbeamten die Augen darüber öffnen, daß die daran interessierten Stellen in den Personen ihrer Führer nicht diese Personen an sich, sondern den Geist treffen wollen, der seit dem Jahre 1912 in der Bankbeamten-Gewerkschaft lebendig ist.

Ich habe das Vertrauen zu der deutschen Bankbeamten-Gewerkschaft, daß sie die Wochenschriften der Arbeiter und ihrer Helfershelfer durchschauen, und daß der Verband aus all diesen Anschlägen geschärft und geklärt hervorgehen wird.

Internationaler Gewerkschafts-Kongress.

Amsterdam, 28. Juli.

Heute nachmittag wurde hier der Internationale Gewerkschafts-Kongress eröffnet. Der Vorsitzende des Niederländischen Verbandes der Gewerkschaftsvereinigungen Dubez ist begrüßt in seiner Eröffnungsrede die Vertreter von mehr als 16 Millionen Arbeitern aus allen Ländern. Er erklärte, daß Protestant der gesamten Welt müsse sich jetzt zusammenschließen und sich gut organisieren, damit es nicht mehr möglich sei, eine solche Schande wie diesen Krieg über die Welt zu bringen. Der Kongress müsse sich ein Hand bauen, in dem man in Zukunft wohnen werde. Er werde zum Arbeitsabkommen Stellung nehmen, das von der Pariser Friedenskonferenz aufgestellt worden ist und prüfen, ob es dem Ziel der Arbeiter entspricht. Desgleichen werde der Kongress erwägen, ob der Arbeiterbund, der die Arbeiterorganisation in die Hand nehmen soll, der Förderung der Wiener Konferenz soweit entgegenkommt, daß für die Arbeiter ein Zusammenarbeiten mit ihm möglich und erwünscht ist.

Dubez erklärte, bisher habe die Taktik der Gewerkschaftsbewegung darin bestanden, nach Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit zu streben. In allen Ländern folge jedoch auf eine Erhöhung der Löhne stets eine Erhöhung der Kosten des Lebensunterhaltes und umgekehrt. Der Kongress müsse den Weg finden, um aus diesem verwerflichen Kreislauf herauszukommen. Zum Schluß drückt Dubez den Wunsch aus, daß der Kongress ein Vorbild der Einheit und Brüderlichkeit bieten möge.

Amsterdam, 28. Juli.

Nach der Begrüßungsrede von Dubez schloß auf dem internationalen Gewerkschaftskongress erklärte T. O. A. Amerika in seiner Rede, der Vorsitzende habe nicht in der gehörigen Weise zur Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg Stellung genommen. Die Schuld am Kriege liege bei dem deutschen und österr-eichischen monarchischen, militaristischen und kapitalistischen System. Die Ententeregierungen hätten nur den abscheulichen Militarismus vernichtet. Dubez erklärte, es sei nicht der Augenblick, diese Frage zu besprechen. Das werde morgen zur Beratung stehen. Begleitend Deutschland verkehrte gegen die Behauptung, daß der Krieg durch den Imperialismus und Kapitalismus eines einzigen Landes verursacht worden sei.

Deutsche Nationalversammlung.

Montag, den 28. Juli 1919.

Auf Antrag der Reichssozialisten wird der Geschenkwurf über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Debatte verbunden.

Reichsminister des Innern Dr. David: Die Herren von der Rechten scheinen zu meinen, daß die Ergebnisse der Untersuchungen eines Staatsgerichtshofes den frühesten Nachhahern und dem früheren Regierungssystem nicht günstig sein möchten. Sie beantragen, daß ein Ausschuss aus namhaften Historikern und parlamentarisch geschulten Juristen eingesetzt werden soll. Was sogenannte Historiker zu leisten vermögen, wenn sie das Feld der politischen Tagesgeschichte betreten, dafür hat die Kriegszeit ganz erschreckende Beispiele geliefert. Und nach dem, was wir von „politisch geschulten“ Juristen erlebt haben, ist auch nicht zu verlangen, daß von Volk ihnen ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Wir sind der Meinung, daß unser Entwurf eine viel solidere und bessere Gewähr bietet für eine gründliche und objektive Arbeit.

Es sind alle Garantien gegeben, daß auch vom rein juristischen Standpunkt bei der Wertung und Beurteilung des Materials nicht veräußert wird, um so endlich einmal die Luft zu reinigen von all den Lügen und Reden, die jetzt schon die geschichtliche Wahrheit zu überdecken drohen. Ein Antrag Koche wünscht die Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheimdokumente. Die Reichsregierung hat zu erklären, daß die Veröffentlichung aller dieser Dokumente in umfassendstem Ausmaß verweigert ist. Die den Reichstag betreffenden Dokumente werden schon in den allerersten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet, und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden, nachdem sie noch die letzte redaktionelle Durchsicht erfahren haben, schon in aller Kürze in Druck gegeben werden.

Hg. Gothein (Dem.): Der Abg. Haase hat unsere Haltung in der Friedensfrage bemängelt. Ich stelle fest, daß wir von vornherein den Friedensvertrag für unpraktisch und unerfüllbar und deshalb auch für unannehmbare gehalten haben. Wir geben zu, daß sich allerdings am 22. Juni die Lage wesentlich geändert habe durch die Tragung der Unabhängigen mit dem Gesamtstimm. Wir erblicken in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach innen und außen und verteidigen deshalb auch schärfste die republikanische Staatsform. (Anhaltender Beifall.) Die Mitteilungen Erzbergers über die Konzepte haben und wohl alle erschüttert, wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß uns auch die englische Note an den Völkern bekannt gemacht wird. (Beifall.) (Beifall.) Wenn eine Verständigung über den dem Minister vordien erläuterten Geschenkwurf über den Staatsgerichtshof noch notwendig wäre, dann wäre sie gegeben durch das Gesetz des Erzberger-Berichts. Die Unterzeichnung des Krieges im Jahre 1917 hätte uns 500 000 bis 600 000 unserer besten Söhne gekostet. (Beifall und Zustimmung.) Es kommt hinzu, daß nicht erst im Herbst 1917, sondern schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit gegeben war.

Ueber die Verständigungspolitik hatte sich meine Partei bereits mit den Nationalliberalen und den Reichssozialisten verständigt, ehe Erzberger seine große Rede im Ausschuss hielt. Sie brachte uns nur die Gewißheit, daß auch das Zentrum für einen Verständigungsfrieden sei. Die Rechte vertrat eine Politik des Beschnüpfungsspiels. Die Schuld trifft die Nationalen, die Vaterlandspartei (Munich) und Parteirecht: Müller-Meininger, Wienerl, Helterleit.) Gleich auch bei uns gab es Sünder, aber ich für meine Person habe stets jeden Sonderweg abgelehnt. Wer dem Volke vorredet, daß der Wiederaufbau unserer Wirtschaft anders möglich ist, als durch Arbeit, ist ein politischer Quasimodigler.

Reichsminister des Auswärtigen Müller: In der Frage der Räumung des Baltikums ist schon vor längerer Zeit ein Übereinkommen unter uns zustande gekommen, daß ein Nachschub in das Baltikum nicht mehr stattfinden soll. Offiziell, die dagegen beschließend handeln, wobei vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auch die Anwerbung von Truppen für das Baltikum durch das Versprechen von Erhöhung der Löhne unserer Anordnungen widersprechen. In dem Fall Agelros ist zu sagen, daß die Kroler Behörden Agelros an Bayern außer Acht haben. Das Auswärtige Amt hat über dessen Internationalität ein Gutachten abgegeben und diese verurteilt. Die Beamten des Auswärtigen Amtes sind aber den Verdacht erhaben, nach politischen Gesichtspunkten verfahren zu sein. Die Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruches sind im Druck. Es kann selbstverständlich nicht davon die Rede sein, daß Deutschland der Alleinverantwortung ist, ehrenlosig aber, daß die Zentralmächte schuldlos sind. Die Vorgänge aus dem Sommer 1917 sollen festgestellt und in einem Weißbuch der Nationalversammlung unterbreitet werden. Für heute nur folgende: das Schreiben des Runtus ist erst am 3. September in Berlin eingetroffen. (Hört, hört!) Dadurch wird die Spannung auf 10 Tage vermindert, denn die Antwort des Reichskanzlers erfolgte am 24. September.

Die Frage der englischen Regierung

war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Sie habe ich Datum und lautet in Uebersetzung:

„Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu beraten und sind nicht in der Lage, um über eine Verantwortung der Vorläge Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Gräu-

Theater und Vergnügungen.

Volkstheater. Theater am ...

Königlicher Hoftheater ...

Berliner Theater ...

Deutsches Theater ...

Kammerspiele ...

Theater des Westens ...

Die Geisha ...

Königlicher Hoftheater ...

Residenz-Theater ...

Das höhere Leben ...

Trianon-Theater ...

Der gute Ruf ...

Waldschloß in Schönbrunn ...

Ballschmieders Variété-Garten ...

Wasserspeicher Sommer-Theater ...

Täglich 12 Variété-Nummern ...

Säle frei für Vereine ...

Spezial-Arzt für Haut, Darm- und Frauen- ...

Freiheit-Leser im alten Hansaviertel ...

Zum 59. Male! Kaffee Xiolka

Friedrich-Straße 89/90 ...

Jeden Abend: Serenissimus ...

Vergnügungspark ...

Berliner Prater ...

Familie Mannemann ...

Wintergarten ...

Walhalla-Theater ...

Ballschmieders Variété-Garten ...

Wasserspeicher Sommer-Theater ...

Täglich 12 Variété-Nummern ...

Säle frei für Vereine ...

Spezial-Arzt für Haut, Darm- und Frauen- ...

Freiheit-Leser im alten Hansaviertel ...

Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Auf Dienstag, den 29. Juli 1919, ...

Verammlung aller in den Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen

Tagesordnung: Stellungnahme zu der ...

Verband der Sattler und Vorleser

Samstag, den 31. Juli 1919, ...

Generalversammlung

1. Bericht über ...

Der Bibliothekar und Ratgeber für Hausbüchereien

Diese Zeitschrift, die bereits im ...

Abonnenten in allen Kulturländern ...

Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Brunn 117 ...

Gebisse und deren Teile

zum allerschönsten Preis ...

Prozesse, Alexanderstr. 45.

Warnung!

Alle künstliche u. zerbrochene Zähne ...

Meine großen Möbel-Läger

Möbel-Lehner ...

Wer unter günstigen Bedingungen schnell und diskret

Industrie- oder Siedlungs-Gelände ...

Kronen - Brücken - Plomben

Zähne in 1 Tag ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Samstag, den 30. Juli 1919, ...

Vertrauensmännerkonferenz

1. Bericht über ...

Branchenversammlung

1. Bericht über ...

Große Versammlung

1. Bericht über ...

Geldschatzindustrie

1. Bericht über ...

Mohrleger und Helfer

Mittwoch, d. 30. Juli 1919, ...

Branchen-Versammlung

1. Vortrag des ...

Bekanntmachung

betreffend die ...

Freiheit-Leser!

Unsere Leser des Frankfurter Viertels ...

Spezialarzt

Haut- und Halsleiden, ...

Genossen!

Vergeßt niemals die ...

Freiheit-Leser

in alten Hansaviertel ...

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Samstag, den 30. Juli 1919, ...

Richard Schimke

Die Beerdigung ...

Kleine Anzeigen

Kaufgesuche

Kupfer

Platin Silber

Messing

Metalle

Mohrleger und Helfer

Kupfer

Platinankauf

Platinankauf

Bosch-Zündkerzen

Spiralbohrer

Freiheit

Genossen!

Freiheit-Leser!

Spezialarzt

Genossen!

Freiheit-Leser

Freiheit-Leser

Freiheit-Leser

Ein Nachschub von 80 Mann, die neu angeworben wurden, aus Döbelitz zu diesen Aufstellungen gewährt.

In Opposition beobachtet man diese Dinge genau. Man ist dort bis zum höchsten Grade entsetzt gewesen über das, was vorgeht. Die Vertrauensleute der rechtssozialistischen Partei, die Vertrauensleute meiner Partei haben unabhängig voneinander und doch übereinstimmend berichtet, daß sie dort beobachtet, wie sehr in überaus furchtbarer Weise

Truppen durch Ostpreußen nach Rußland

geschickt werden, und zwar mit voller Ausrüstung, mit Rohrwaffen, mit allem, was der Soldat braucht. Es hat das Mitglied dieses Hauses, Herr Abg. Wolff, nach der „Täglichen Rundschau“ eine Anfrage an die Regierung gerichtet, die dahin geht:

Seit Anfang Juli — also Anfang Juli, obwohl im Mai der Friedensausgleich die Klärung angeordnet und versprochen wurde — fahren aus dem Reich täglich Transportzüge über Litauen nach Memel und bei Langszargen über die Grenze. Die Züge bestehen aus Truppen, Geschütz, Lebensmittel, lebendes Vieh, Feldgeschütze. Die Transporte rufen, zumal nach der Ratifizierung des Friedensvertrages bei der Bevölkerung Entrüstung hervor. Ist das der Reichsregierung bekannt und was gedenkt sie zur Beruhigung zu tun?

Diese Nachricht der „Täglichen Rundschau“ ist, wie ich festgestellt habe, richtig, und Herr Reichswehrminister Noske, hat, wie aus der Nummer der sozialdemokratischen „Volkstimme“ aus Litauen zu erhellen ist, auf diese Anfrage des Herrn Abg. Wolff eine Antwort erteilt, die doch einiges Stoff für die Diskussion gibt. Herr Noske sagt zunächst, daß nicht der geringste Grund zur Beunruhigung für die Bevölkerung Ostpreußens gegeben sei. Die in Litauen und im Baltikum stehenden deutschen Truppen könnten nur allmählich zurückgeführt werden. Deshalb sei eine beträchtliche Zufuhr von Rohrwaffen, Feldgeschütz, Lebensmittel, lebendes Vieh, Feldgeschütze, zumal nach der Ratifizierung des Friedensvertrages bei der Bevölkerung Entrüstung hervor. Ist das der Reichsregierung bekannt und was gedenkt sie zur Beruhigung zu tun?

Was für einen Zweck der Nachschub von Menschen haben soll, wenn man das Baltikum glatt räumen soll, das ist das

Geheimnis des Herrn Noske.

Herr Noske sieht es für ganz selbstverständlich an, daß deutsche Staatsangehörige in die baltische Landeswehr als Nachschub eingezogen werden. Als früher die Fürsten der einzelnen Länder ihre Angehörigen als Soldaten vertrieben, hat das Sturm der Entrüstung bei allen Freiheitsliebenden hervorgerufen. Ich brauche nicht daran zu erinnern, wie Friedrich Schiller in „Kabale und Liebe“ diese Soldatenverläufer rüchelt. Und da sollen wir jetzt gestatten, daß unsere Landsleute für fremde Zwecke angeworben werden? Nein, wenn wir uns nicht den Vorwurf zuziehen wollen, daß wir unehrliches Spiel treiben, dann ist es unsere Pflicht, allen Einfluß auszuüben, daß endlich die Muttererde wieder rüchungslos gemacht wird, daß alle Deutschen, die in die baltische Landeswehr eingezogen sind, über die der Herr Abg. Wolff immer noch den Oberbefehl haben soll, endlich aus ihr befreit und ebenfalls nach Hause geschickt werden.

Das rechtssozialistische Blatt, das die Antwort Noskes bringt, erklärt sich zwar davon befriedigt, fragt aber doch noch, weshalb

Waggonweise getraunter Bekanntheit und Tausende von Blasen Zeit

noch noch dem Volkstum geschafft werden sind. (Hört, hört! bei den U. S.) Was das auch noch zur Befriedigung der deutschen Bevölkerung nötig! Es fragt weiter, weshalb kostet Getreidegerät, darunter auch Flugzeuge, nach dem Osten geschafft werden, und weshalb die Militärtransporte genau so wie in Kriegszeiten nach immer Ost, Ost und Ost in großen Mengen aufreisen. Auf diese Frage des Blattes wäre eine Antwort erforderlich. Im Baltikum liegt es so, daß abgesehen von der kleinen Schicht der Junker, die ganze Bevölkerung mit einem unangenehm Ohngefühl erfüllt ist, obwohl die Bevölkerung lange zu Deutschland und zu deutscher Kultur hingezogen. Man glaubt jetzt einfach nicht mehr den deutschen Verhältnisse.

Will die Regierung von der Tätigkeit der Werbebüros noch Belege vom 13. Juli haben? Ich bin bereit, sie ihr vorzulegen. Herr Müller regiert nicht, sondern er wird regiert. Die militärische Werbeorganisation besteht noch wie vor, und sie legt ihren Einfluß durch. Daß die Sozialdemokratie aller Richtungen in den baltischen Ländern härter einsetzt, und daß sie es unüberwindlich findet, daß in einer Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, dergleichen vorkommt, das werden Sie begreifen.

Ich will Ihr Augenmerk noch auf einen anderen Vorgang richten. Im Baltikum dürfen allerdings, nachdem die Engländer den Oberbefehl haben, die Truppen nicht dazu verwendet werden, die lettische Bevölkerung zu drangsalieren und um gegen die Osten Krieg zu führen. Aber die Söhne der baltischen Barone unter Leitung des Herrn Dieven verlangen jetzt eine andere Politik, sie treten aus der baltischen Landeswehr aus, um die reaktionären Truppenteile Rußlands zu unterstützen.

Sie haben den Wunsch, daß die Sowjettruppen unterdrückt werden durch Kollischal und wollen Kollischal helfen. Es wäre eine Schande, die nicht ausgeübt werden könnte, wenn Deutsche aus Unkenntnis, belogen und betrogen, dort mitkämpfen sollten, um den Jankismus wieder aufzurichten. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Herr Müller hat Herrn Smuts zitiert, ich möchte ihn an die Schlüsselwörter erinnern, die er den Londonern zugerufen hat. Da erklärte er, daß man die Intervention der alliierten Truppen in Rußland aufheben lassen solle, man müsse sich mit der Sowjetrepublik verständigen, die als verheerter Sowjetrepublik, wie er sich ausdrückte, für Rußland eine Notwendigkeit zu sein scheint. Und er legt hinzu, wenn Kollischal zur Ostfront käme, so bedeute das die Aufrichtung des alten zaristischen Systems.

Herr Müller hat auch gesagt, daß man auch mit der russischen Republik in Beziehungen treten müsse, er hat nicht gefordert, daß die russische Sowjetrepublik sich nicht um unsere innere Angelegenheiten kümmern, und wir uns nicht um ihre. Sein Nachbar, Herr Engelberg, wird ihm beistimmen, daß Später im Bedrutz dieses Jahres die russische Regierung die Erklärung abgegeben hat, daß sie keineswegs daran denke, irgendwie mit Deutschland in eine kriegerische Verbindung zu kommen, daß sie diplomatische Verbindungen anknüpfen wolle und sich unter keinen Umständen in unsere inneren Angelegenheiten mischen werde. Es ist also die Voraussetzung für die Annäherung solcher Beziehungen gegeben. Aber freilich — das muß auch gesagt werden, wenn man diesen Willen hat, wie ist es dann möglich, daß die Regierung noch jetzt den russischen Sowjetrepublik nachstehenden Mord in Gefängnis hält. Der Justizminister, Herr Deine, hat im preussischen Abgeordnetenhaus — ein solcher Ausdruck ist ja in seinem Munde nicht verwunderlich — gesagt, Mord sei ein Verbrechen, und er hat damit, obwohl er sich als Justizminister hüten möchte, die Richter zu beeinflussen, versucht, eine

ungläubige Stimmung gegen Mord

abzurufen. Monatelang hat man eifrig Material herbeigeführt, um auch nur die kleinste Anklage gegen Mord zu gewinnen, und ich kann es Ihnen mitteilen — ich weiß es ja — daß die Untersuchungsbehörde färglich dem preussischen

Justizminister erklärt hat, daß trotz aller Bemühungen es nicht möglich war, auch nur die kleinste Anklage gegen ihn zu Recht zu erheben. (Hört! hört! bei den U. S.) Und dann magt man es, diesen Mann auch nach einer halben Stunde länger im Gefängnis zu behalten! Das ist rechtswidrige Freiheitsberaubung, und es machen sich alle strafbar, die nicht für seine sofortige Freilassung sorgen. Und wie man den Mann behandelt! Man hat ihn anfangs im Gefängnis in Ketten gelegt, auf ihn schreien lassen, man hält ihn fest im Zellengefängnis in der Richter Straße, wo er alle Schrecken anhörend muß hat ihn nach dem Raub der Untersuchungsgefängnis zu überführen. Und vor kurzem hat ein Leutnant, der die französischen Fahnen im Zeughaus hatte verbrennen lassen, versucht, sich bei Mord zu verschaffen, um ihn auf die Seite zu bringen. Herr Müller hat es verhindert. Aber bezeichnend ist, daß dieser Herr v. Simon seinen Oberleutnant von Hesse telephonisch davon in Kenntnis zu setzen hat,

daß die Sache nicht geklärt habe.

Also er stand nicht allein, er hatte Mitverschworene, und dieser Herr von Hesse ist der Leiter einer Spitzelbrigade Reinhardt.

Was ist mit Herrn Simon und allen seinen Hintermännern geschehen? Als die Franzosen vor kurzem einen deutschen Journalisten, Herrn Scheuermann von der „Täglichen Rundschau“ verhaftet hatten, hat die deutsche Regierung sich mit dem Recht für ihn ins Zeug gelegt und in Versailles in entschiedenem Tone verlangt, daß er freigelassen werde, weil er immun sei. Die französische Regierung hat Immunität bestritten, aber Clemenceau war politisch so lang, daß er, obwohl er die Immunität nicht anerkannte, um die Beziehung zu Deutschland nicht zu trüben, die Freilassung zu versagen. Die deutsche Regierung hält aber monatelang einen Mann fest, von dem die deutsche Regierung behauptet, daß er immun ist und der es auch nach meiner Überzeugung ist.

Und ein zweiter Fall in dieser Beziehung! Man hat einen Mann, den die russische Regierung mit Immunitätspapieren ausgestattet hat, Keltrod in München wegen angeblicher Beteiligung an der Mäurerpublik verhaftet. Die Regierung hat es nicht durchsetzen können oder wollen, daß man diesen Mann freilasse, obwohl die russische Regierung ihr mitgeteilt hat, daß sie genötigt gewesen sei, auch Deutsche zur Vergeitung schickte. Weiter ist dieser Mann in München unter Überleitung der obersten Behörde für 16 Jahre inhaftiert worden. Wie das auf die Beziehungen des Herrn Außenministers Müller zurückzuführen wird, mit Rußland Friedensbeziehungen anzuknüpfen, bedarf keiner Ausführung.

Die Freiwilligenkorps treiben nicht nur ihr Wesen weiter, sondern auch die Werbebüros arbeiten weiter, und wir müssen doch ernstlich fragen, wozu heißen noch Werbebüros. Nach meiner Auffassung war es der schwerste politische Fehler, daß man überhaupt Werbebüros eingerichtet. Gerade der Verlauf der Ereignisse hat gezeigt, daß die Hunderttausende von Soldaten, die wir im Osten aufgestellt haben, völlig unbrauchbar sind, ja, daß sie im entscheidenden Augenblick eine große Gefahr für uns gewesen sind, denn wir wissen sehr gut, daß ein Teil der Offiziere dieser Korps erklärt hat, darunter auch General Hoffmann: Was die Regierung den Friedensvertrag unterschreiben oder nicht, sie würden in jedem Falle ihr eigene Politik treiben, sie würde mit der Waffe in der Hand die deutschen Lande festhalten und nicht den Friedensvertrag zur Ausführung kommen lassen. In einem Augenblick, wo wir nicht wissen, wo wir uns vor Schulden lösen sollen, wo höchste Sparsamkeit geboten ist, gibt man

Milliarden für einen neuen Militarismus aus.

Ich will wissen, wie viel die neuen Truppen gelostet haben bei ihrer reichen Verpflegung, ihrer hohen Ausrüstung und Ausbildung. Es wäre in der Tat für das deutsche Volk die größte Wohltat, wenn sie rasch wie möglich die Freiwilligenkorps aufgelöst würden, die Durchführung des Friedensvertrages nicht bis zum letzten Augenblick hinausgeschoben würde.

Dabei sollte die Regierung darauf achten, daß nur diejenigen Offiziere bleiben, die auch wirklich vom modernen Geiste erfüllt sind, und auf dem Boden der Republik stehen. Es ist doch ein unerträglich Zustand, daß die Offiziere ganz offen gegen die Republik stehen, daß sie monarchistische Propaganda treiben. Erst als sich ein Bund von Offizieren und Unteroffizieren bildete, der republikanisch gestimmt ist, da erst kam der Gedanke von Noske, daß Propaganda nicht im Heere gebildet werde. Wo war denn Noske, klänge der Nationalbund der Offiziere konterkarante und reaktionäre Propaganda nicht? Freilich: Noske sieht sich zwar als den besten Mann auf, im Grunde ist er an allen Ecken gescheit. Nicht nur, daß er von Herrn Gilla bewacht wird, nein: die Offiziere erlauben sich eine Sprache, wie sie früher niemals gesagt worden wäre. Wenn Arbeiterparteien gegen die Regierung Stellung nehmen, ihr das Mißtrauen in schärfster Weise ausprechen, da hagelt es Gelächter, wenn nicht gar die Maschinengewehre aufgeführt werden. Was geschieht gegen die Offiziere? In einem Aufruf des Herrn v. Dors, der an der Spitze des freiwilligen Infanterieregiments 4. Komme Nr. 21 steht, wird der Regierung entgegen geschleudert: Mord und tiefe Verachtung den Schändern des deutschen Namens. Von Herrn Noske werden die Offiziere mit Glacéhandschuhen angefaßt. Als General von Hoffmann drohte, daß er unzufrieden sei um die Regierung eigene kriegerische Politik im Osten treiben würde, da hat man ihn, nachdem er eine freundliche Verteidigung machte, wieder unter das aufgenommen. Durd

Wünscht den Offizieren der Kammer immer mehr

und mehr. Es ist soweit gekommen, daß sie an den Herrn Reichswehrminister am 11. Juli 1919 ein Schreiben gerichtet haben, worin sie — unterzeichnet ist das Schreiben von dem Kommandierenden General v. Hoffmann von dem Reichswehrgruppenkommando Nr. 1 — den Herrn Reichswehrminister auffordern, gegen den „Vorwärts“ einzuschreiten. Es wird den Reichswehrsozialisten, und zwar nicht nur der Partei, sondern auch den Mitgliedern der Regierung, die aus dieser Partei in die Regierung gekommen sind, gebot, daß der Stolz des Offizierskorps sich gegen sie wenden werde.

Wiel schlimmer als alles das ist aber die Art, wie die Truppen, die Noske aufgestellt hat, sich überall, wozu sie kommen, haufen. Wir haben alle die Nachrichten mit Entsetzen gelesen, die aus Reichenburg, aus Inzerburg, aus Königsberg zu uns kamen. In Königsberg haben die Soldaten gewagt, in die Stadtberordnungsversammlung während der Sitzung einzudringen, zwei Mitglieder der Versammlung von ihren Plätzen zu holen, auf die Straße des Magistrats zu stellen und sie zu nötigen, Erklärungen zu widerrufen, die sie früher abgegeben hatten. In Reichenburg ist der Vertrauensmann der rechtssozialistischen Partei, ein dritter Magistratsrat, auf das schärfste mißhandelt worden. In Inzerburg hat man zwei Gewerkschaftsversammlungen mit Gewalt zu zerlegen versucht. Nicht nur die sozialistische Partei, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung hat sich dagegen mit Entschiedenheit aufgelehnt. Wie dort, so ist es überall. Die

Vergänge in Hamburg schreien zum Himmel.

Man hat in Hamburg zwei Blätter erschossen. In einem Fall wird als Entschuldigung angegeben, daß der Blätter sich tatsächlich an einem Offizier habe vergriffen wollen, nachdem er geschimpft habe. Aber das ist kein Grund, sofort ein Todesurteil zu vollstrecken. Im zweiten Fall kann nicht einmal eine solche Entschuldigung angeführt werden. Wie man dort wahllos diejenigen behandelt, die man in die Gewalt bekommt, das beweist der Fall der einen Frau, die in einem Automobil von Theater nach

Barke fahren wollte, und die sich nicht ausweichen konnte, daß sie die Genehmigung habe, die Sperrhunde zu überschreiten. Es handelt sich hier um eine Dame aus der sogenannten besseren Gesellschaft. Wie hat man sie behandelt! Man hat sie geduldet, beschimpft, ihr Haarkämme ins Gesicht verkratzt, man hat sie schließlich über einen Tisch gelegt und hat sie dann mit Peitschen geprügelt. (Hörst, hört! bei den U. S.) Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ hat sich über die empörende Behandlung bei dem Generalmajor von Dettow-Barbeck beschwert. Arbeiter und Arbeiterinnen haben eine ähnliche Behandlung wiederholt erfahren. Sie haben nicht die Möglichkeit gehabt in jedem einzelnen Falle das Ohr der Öffentlichkeit für sich zu gewinnen. Wenn früher auch nur ein einziger solcher Fall passiert, haben alle Parteien ohne Ausnahme sich gegen eine solche Mißhandlung aufgelehnt und haben diejenigen verantwortlich gemacht, in deren Interesse solche Dinge passierten. Wie werden die politischen Parteien behandelt? Die

Zeitungen werden ganz willkürlich verboten.

Für das Verbot der „Republik“ kann kein Grund angegeben werden. Die „Republik“ ist für immer unterdrückt worden. Keine Regierung, selbst die reaktionäre Regierung nicht, hat es früher gewagt (haben bei den U. S.), für die Dauer eine Zeitung zu unterdrücken, oder mit so schändlichen Erklärungen, wie sie der Herr Reichswehrminister abgegeben hat, ein Zeitungsverbot über einen Monat aufrecht zu erhalten. Dem Herrn Reichswehrminister folgen die kommandierenden Generale an den verschiedenen Stellen. In Weissenau wie in Schlesien verbietet man einfach die Verkäufe von sozialistischen, kommunistischen, bolschewistischen Zeitungen und nennt als solche Zeitung auch die Berliner „Freiheit“, obwohl jeder Politiker weiß, daß die „Freiheit“ gegen die kommunistische Stellung nimmt. Aber wenn es auch Zeitungen der Kommunisten wären, so würde das Verbot unter keinen Umständen gerechtfertigt sein, denn sie haben das selbe Recht wie die übrigen Parteien.

Und worauf gründet die Regierung die

Kaufverhinderung des Belagerungszustandes?

Auf Verichte böseleulender Subjekte, von denen sich die Regierung schon aus Rechtlichkeitsgefühl fernhalten möchte. In dem Prozeß gegen Ledebour, in dem Prozeß gegen die Mitglieder des roten Soldatenbundes ist festgestellt, daß der Spitzel Roland in Versammlungen zu Gemütsheilungen und Putzen selbst aufgeführt hat, an der Spitze eines bewaffneten Zugs vom Marzall zum „Vorwärts“ gezogen ist, daß er der Vorwärtsbesetzung Munition und Verpflegung versprochen hat, daß er mit einem anderen Regierungsspitzel Hildebrandt zusammen einem Planne der Vorwärtsbesetzung ein Schriftstück abgibt hat, in dem der Kommandant des Ullrichgebäudes zur Beförderung der Maschinen und Druckerzeugung aufgeführt wurde. Dieser Regierungsspitzel veranlaßt also den Volk, er stellt sich an die Spitze des Putzes, fordert auf zum Ausschalten, bereitet selbst die Verpflegung von Maschinen und Druckerzeugnissen vor, und dann macht er einen Bericht und schließt das auf die Kommunisten, Sozialisten, Unabhängige oder wer sonst.

Der Belagerungszustand ist gesetzlich nicht zu rechtfertigen. Freilich, Herr Noske hat gesagt, es komme ihm

nicht an gesetzliche Zustellein, sondern nur auf den Erfolg an,

ein schönes Wort im Munde eines Ministers! Der Erfolg ist nicht so, wie er ihn gewünscht hat. Er hat eine Kaffiarbeit in der Arbeiterklasse verrichtet, wie kann irgend ein Mitglied der kommunistischen oder unabhängigen Partei, es ist ihm zu danken, daß die Arbeiter die seiner Partei anhängen, in Waffen aus der Partei herausgehen. Nach dem Belagerungszustandgehe kann der Belagerungszustand nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Wägen besetzt sind. Will er wirklich behaupten, daß in Berlin vom März bis jetzt noch irgendwelche Zustände gewesen sind, die die Verhängung des Belagerungszustandes rechtfertigen können? Der Belagerungszustand steht voraus, daß die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet wird. Die Herren Minister sind so durchdrungen von ihrer Wichtigkeit, daß sie sich mit dem Deutschen Reich identifizieren. Wenn ihre politische Ehrlichkeit nicht erlaubt ihre menschlich-herrliche in Gefahr kommt, wenn man erst: Wieber mit der Regierung kann glauben Sie den Belagerungszustand verhängen zu müssen.

Auch aus den Kreisen der rechtssozialistischen erheben sich immer mehr Stimmen und werden immer mehr Resolutionen gefaßt, in denen verlangt wird, daß der Belagerungszustand endlich beseitigt wird. In den verschiedenen mehrheitssozialistischen Zeitungen ist gegen die Regierung der Vorwurf erhoben worden, daß sie eine Politik treibe, die die Massen geradezu zur Versenkung bringt. Auf das schärfste haben sich Blätter, wie die „Ehener Arbeiter-Zeitung“, sogar zuweilen die „Chemnitzer Volkstimme“ und das „Hamburger Echo“, die Noskesche Politik bekämpft und in Steilen haben so sanfte Leute wie die dortigen Redakteure zuletzt eine Sprache geführt, die in hohem Maße zeigt wie weit die Erbitterung gekommen ist.

Eine der schlimmsten Erscheinungen ist die Art,

wie die Schuchhaff verhängt wird.

Man hat Fräulein Jakob in Schuchhaff gesetzt, weil sie eine Freundin von Luxemburg sei und weil sie sich an der hebräischen Agitation Rosa Luxemburg beteiligt habe. Herr Noske hat selbst diesen Erfolg unterzeichnet. Nur, die Internationale wird sich ihre Gedanken darüber machen, daß er die Agitation der großen Parkämpferin Rosa Luxemburg als eine hebräische bezeichnet. Herr Noske scheint ganz vergessen zu haben, daß ihm früher tausendmal derselbe Vorwurf wegen seiner Artikel gemacht worden ist und daß er sich oftmals dagegen aufgelegt hat.

Unter dem früheren Regime hat man bei diesem Fräulein Jakob auch diese Hausdurchsuchungen vorgenommen. Aber die damaligen Behörden waren doch so vernünftig, einzusehen, daß sie Noske, weil sie eine Freundin von Rosa Luxemburg ist, und weil sie — sie hat ein Schiedsgerichtsmittel — für sie Schriftstücke verfaßt hat, wie übrigens die für Anhänger aller Parteien noch nicht eine Gefährdung für den Staat darstellt und ins Gefängnis genommen werden kann.

Das Schlimmste, was wir erlebt haben, ist die Verhängung, mit der die Schuchhaff über den kranken, früheren Redakteur des „Vorwärts“, Dr. Meyer, angesetzt worden ist. Es wird erklärt: es ist richtig, er habe Gewalt nicht geübt, er gehöre aber einer Partei an, die für die Gewalt eingetreten sei infolgedessen müsse er in Schuchhaff bleiben.

Und

wie steht es im Ruhrgebiet aus?

Im Ruhrgebiet erklärt der kommandierende General, daß er von Herrn Noske Vollmacht bekommen habe, den Belagerungszustand zu verhängen, wo er will. Herr Braun, der Minister, hat gestern sehr ausführlich dargelegt, mit welchen Mitteln und zu welchem Zweck die Kommandierenden den Belagerungszustand mit Hilfe dienstwilliger Militärbehörden verhängt habe. Herr Braun war so vernünftig, in Erinnerung an seine frühere Tätigkeit, unter Ausnutzung seiner Kenntnisse, die Kommandierenden selbst nach dem Recht zu setzen, nicht sofort mit Gewalt vorzugehen. Deshalb ist es zu Unvergleichen nicht gekommen. Der Belagerungszustand ist vielmehr schnell aufgehoben worden. Ganz anders in Rheinland-Westfalen. Noch jetzt sitzen wohl über 1000 Arbeiter in Abteind im Gefängnis, ohne daß sie wissen, weshalb man sie festgesetzt hat. (Hört, hört! bei den U. S.) Ich habe soeben ein Telegramm von Bochum bekommen das folgenbermahen lautet:

Witthod dieser Woche Querschnitt der Schuchhafflinge im Zentralgefängnis aufgeführt. (Hört, hört! bei den U. S.) Grund Schuchhaffverlängerung über 3 Monate, Verweigerung der

Unterstützung an die Familien, Parteisekretär Teubert ist seit 8. April in Schulpfort. Bitte Schritte bei der Regierung einzuleiten. Schulpfortlinge sind gewillt zu versorgen. (Hört, Hört! bei den U. S.)

Wenn wir solche Schilderungen lesen, wenn der Amerikaner Reno und über seine Reisen in Russland berichtete, sagen wir: so etwas kann nur im zaristischen Russland geschehen. Und jetzt ist es brutale Wirklichkeit bei uns. Kann man zu einer solchen Regierung Vertrauen haben? Eindeutige Noxe steht innerlich auf diesem Standpunkt, dann ist das Urteil für immer über ihn gefällt, aber er kann sich nicht mehr der Geister erwehren, die ihr vorschreiben, was er zu tun hat. Dann freilich mag das Urteil über ihn ein wenig milder ausfallen, aber unvermeidlich bleibt er vor dem Proletariat der ganzen Welt für dasjenige, was er jetzt tut. (Sehr wohl! bei den U. S.)

Rede des Herrn Bauer.

Herr Bauer hat den merkwürdigen Anspruch, daß die Arbeiter nicht nur ausbeutet würden durch die Unternehmer, sondern auch durch manche Parteien und Parteiführer. Wenn früher die Unternehmerpreise solche Behauptungen gegen die sozialdemokratische Partei erhoben, so begehrte nicht zuletzt Herr Bauer auf. Als er seinen Ausdruck hat, erregte er eine stürmische Heiterkeit in den Reihen meiner Freunde. Er hat darauf mit dem Satze geantwortet: „Wir sind doch hier nicht im zoologischen Garten.“ Eine feinsinnige geistvolle Antwort eines Ministerpräsidenten! Als ich sie hörte, fielen mir die Worte ein, die er vorhergesprochen hatte, daß jedes Handwerk eine Schicht voraussetze und das Regierung erst recht. Wer will nach seiner Äußerung noch zweifeln, daß Herr Bauer den Befähigungsnachweis für einen Ministerpräsidenten erbracht hat.

Herr Bauer fordert von uns eine bestimmte Erklärung zu dem Streik. Er gibt zu, daß unser Aufruf, in dem es heißt: „Der Wahnglaube, durch Wünsche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan,“ der Ausdruck einer ehrlichen Überzeugung ist. Er weiß nur nicht, ob sich alle an einen solchen Aufruf gebunden halten. Die Masse unserer Anhänger sicher. In jeder Partei gibt es allerdings einige, die nicht mit der Auffassung der Zentrale übereinstimmen. Das wurde ja gestern noch aus Ministermunde ausgeführt: Herr Braun entzündete Funktionen seiner Partei in Hammern, die aus Unkenntnis oder Ungeheißlichkeit anders gedeutet hätten, wie die Partei es wünschte. Herr Bauer prägte das merkwürdige Wort, daß die

Streiks unblutige Ursachen

feien. Ah, solange Herr Bauer Führer der Gewerkschaften war, hat er niemals eine solche Äußerung getan. Die wirtschaftlichen Streiks sind keine Wünsche, tragen nicht den Charakter der Wünsche. Herr Bauer hat sich auch selbst widersprochen. Er hat uns auseinandergesetzt — und da kam wieder der alte Gewerkschaftler, der Kenner dieser Verhältnisse, in Erscheinung —, daß die Arbeiter deswegen in die Streiks hineingetrieben würden, weil sie mit ihren Löhnen nicht einmal auch nur die Preise für rationierte Lebensmittel aufbringen. Er hat weiter ausgeführt, daß die Arbeiter nicht streikten aus bloßer Arbeitslosigkeit. Herr Schiller hat hingegen erklärt, es sei nicht richtig, daß etwa die Streiks auf Ökonomie zurückzuführen seien. Ja, Herr Bauer, was soll denn die Erklärung „Miß am Maschinengewehr erlitten man den Fuß“, sondern in keiner Gefahr für das Volksleben? Das waren die Behauptungen, die bei den großen Streiks die Unternehmer immer getan haben: „Das allgemeine Volksleben wird durch Streiks erschüttert, insofern dessen dürft ihr nicht streiken.“ Was sollen denn die Arbeiter tun, wenn sie nicht das Mittel haben, um mit den Löhnen, die sie bekommen, dasjenige anzuschaffen, was notwendig ist, um die Schulden abzutragen? Gerade Herr Bauer hat uns ja doch gelehrt, wie auf der einen Seite der Luxus üppig geübt, wie man sich gar keine Einschränkungen auferlegt, wie auf der anderen Seite die Arbeiter, die alles sehen, davon. Sollen die Arbeiter dann nicht dasjenige Mittel, das sie nach dem Gesetz haben, welches in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unbedingt notwendig ist anzuwenden wie früher, so auch jetzt, um einigermaßen einen Ausgleich herbeizuführen zwischen ihrem Lohnvermögen und der Preisgröße für alle Lebensmittel? (Zustimmung bei den U. S.) Herr Bauer verlangt von uns, daß wir, um eine Zweiteiligkeit zu vermeiden, auch die Arbeiter aufsuchen sollen, vom Streik Abstand zu nehmen, Herr Bauer, wir sind nicht zweideutig in unserer Haltung, sondern sehr eindeutig. (Beifall bei den U. S.) Die wirtschaftlichen Streiks namentlich derjenigen Schichten, die jetzt dazu greifen, wie die Arbeiter im Bankgewerbe, die Verkehrsangehörigen, die Landarbeiter, fragen nicht die politischen Parteien, ob sie streiken sollen oder nicht. Aus der wirtschaftlichen Not heraus werden die Streiks geboren und die politischen Parteien erfahren davon erst, wenn sie zur Tat geworden sind. Aber sind sie zur Tat geworden, dann halten wir es allerdings für unsere Pflicht, uns schlichtend und fördernd neben die im Lohnkampf strebenden Arbeiter zu stellen, (sehr richtig! bei den U. S.) alles zu tun, was wir können, damit sie ihre berechtigten Forderungen durchsetzen. Sollen die Arbeiter, die jetzt vielfach nur noch ein einziges Hemd besitzen, ihre Frauen oft auch nicht mehr ein Hemd ihr eigen nennen, deren Kinder schon lange keine Obenrock mehr haben, bei den letzten Streiks auch nicht die Mittel aufbringen, um dieses notwendige Stück eines Kulturmenschen zu beschaffen, nicht durch ihre wirtschaftliche Kraft im Produktionsprozess ihre Lage verbessern? Die soziale zahlungsfähige Moral überlassen wir anderen.

Wir sind allerdings der Meinung, daß alles versucht werden soll, um

die wirtschaftlichen Streiks unblutig zu machen,

bedeutet, daß man die berechtigten Forderungen der Arbeiter vorberücksichtigt. Die Streiks sind soziale Massenercheinungen, die nicht nur in Deutschland zu beobachten sind: Sie lesen gerade in den letzten Tagen von großen Streiks in Norwegen, in England, in Australien; sie entstehen überall aus ähnlichen Ursachen. Glauben Sie denn, diese sozialen Vulkane durch einen Befehl vom Reichstag bringen zu können? Wenn Sie noch so viel Erlosse herausgeben, Herr Roske, noch so viel Streikverbote in die Welt werfen, das ist unmöglich, das wird Ihnen, das kann Ihnen nicht gelingen. (Beifall bei den U. S.)

Wir wünschen deshalb, daß die Arbeiter nützlich in ihren berechtigten Forderungen befriedigt und nicht zum Streik getrieben werden, weil wir die Kraft der Arbeiter, die in ihrer wirtschaftlichen Stellung nicht aufzuheben können. Wir wollen sie aufspornen für künftige notwendige wirtschaftliche Kämpfe, und das sagen wir auch offen für einen notwendigen politischen Streik. (Beifall bei den U. S.) Heute sind Sie entsetzt, wenn man vom politischen Streik spricht. Früher war das anders. Herr Stamper, Herr Braun, waren eifrige Verfechter politischen Streiks, um nur ein paar zu nennen, wenn es notwendig ist, eine politische Umwälzung in Frankreich, ohne Maschinengewehr und Handgranaten herbeizuführen. Dieses Mittel werden Sie den Arbeitern nicht nehmen können.

Nun noch ein Wort zur

Frage der Arbeitspflicht.

Herr Bauer will den Arbeitszwang nicht einführen, obwohl das unabweislich und das nützliche Beispiel dazu führen können. Dabei überläßt er nur das eine, daß es dort tatsächlich dem Kapitalismus und der Bourgeoisie an den Krügen gegangen ist. Wir haben immer mit Ihnen die Auffassung vertreten, daß im sozialistischen Staat die Arbeitspflicht etwas Selbstverständliches ist. Wir waren aber stets der Überzeugung, daß solange der kapitalistische Staat besteht — und seine Existenz für Deutschland

wenden Sie doch nicht bestreiten —, der Arbeitszwang ein Verbrechen an den Arbeitern ist. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Herr Bauer hat das Wort seines großen Namensbruders Otto Bauer über die Sozialisierung zitiert: er hat es zitiert, aber sich nicht danach gerichtet. Mit Otto Bauer sind wir stets der Meinung gewesen, daß eine sozialistische Revolution nicht in wenigen Stunden durchzuführen ist, sondern daß sie das Ergebnis kühner, aber besonnener Arbeit vieler Jahre sein muß. Otto Bauer verlangt nicht nur Besonnenheit, sondern auch viele Initiative. Wo ist denn die Initiative bei der Regierung Schibemann, deren Programm Herr Bauer übernommen hat, gewesen? Heute werden Sie doch wahrhaftig nicht mehr behaupten wollen, daß das, was Sie bisher getan haben, wirklich Sozialisierung ist. Ist der Bergbau wirklich sozialisiert? Wagt jemand, das zu behaupten? Ich hätte dem Herrn Premierminister Bauer geraten, daß er die Professur Otto Bauers nicht nur sehr aufmerksam liest, sondern auch befolgt. Da findet er allerdings, wie man an die Sozialisierung der Betriebe herangehen kann.

Auf allen Gebieten sehen wir nicht Fortschritte, sondern Rückschritte. Die Reaktion erhebt ihr Haupt kühner,

die Gegenrevolution marschiert.

Die Offiziere wollen das Programm, das Ihnen die Herren Handebrand und Westarp gegeben haben, die Hohenjollerer zurückzuführen, durchführen. Sie werden es nicht durchführen können, weil Ihnen die Kraft fehlt. Aber inzwischen verbreiten sie das Gift im Volke. Gegen die Juden wird gehetzt in einer geradezu infamen Weise. Der Ausschuss für Volksaufklärung, die deutsche Erneuerungsgemeinde, der Deutschösterreichische Bund, der Reichshammerverband, verbreiten in Massen Flugblätter in der Eisenbahn, auch in Kasernen. In diesen Flugblättern wird direkt aufgefördert, „die Juden zu vernichten, alle zu töten, die sich gegen die göttliche Ordnung erheben.“ Gegen Zeitungen der Arbeiter, gegen kommunistische, gegen unabhängige Druckschriften ist man schnell bei der Hand. Doch dieselbe Talfrucht angeboten worden ist gegen diejenigen, die eine Programmsche in Szene setzen wollen, davon haben wir nicht gemerkt. Die Arbeiter sind enttäuscht, weil sie so wenig Verständnis bei der Regierung für die Forderungen des internationalen Proletariats finden.

Der Herr Ministerpräsident Bauer ist darüber entsetzt,

daß die Arbeiter die Diktatur des Proletariats als eine geschichtliche Notwendigkeit ansehen.

Er meint, zwischen Diktatur des Proletariats und Demokratie sei ein unüberbrückbarer Gegensatz. Nein, Karl Marx hat es anders geäußert, das was das Zwischenstadium einer Diktatur die Sozialisierung der Gesellschaft unmöglich ist. Erst nach dieser geschichtlich notwendigen Epoche kann die wahre Demokratie verwirklicht werden. Die Diktatur eines Proletariats bedeutet nicht Terror, bedeutet nicht Handgranaten und Maschinengewehr. Die Diktatur des Proletariats bedeutet, daß das Proletariat zur Kleinherrschaft kommt. Dann ist es aber nicht die Diktatur einer Minderheit, die sich Herr Bauer einbildet, sondern die Diktatur der großen Mehrheit der Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den U. S.) Heute leben wir in einer blutigen, grausigen, brutalen Diktatur allerhöchster Art. Die Bourgeoisie hat, wenn auch in Mänteln der Demokratie, ihre Herrschaft seit als Kleinherrscher durchzusetzen verstanden. So muß es auch das Proletariat tun, aber nicht um eine Kleinherrschaft des Proletariats für immer aufzurichten, sondern es wird die Zwischenzeit dazu benutzen, jede Kleinherrschaft zu beseitigen, die Klassen Herrschaft einzuführen.

Die Rede verweist auf die Entstehung, und nicht nur die Arbeiterklasse, die zu uns gehört, daß ein Mann, der sich noch Sozialdemokrat nennt, am 21. Juli es verboten hat, daß unbewaffnete Männer sich auf der Straße zusammentun, um

für die Internationale einzutreten.

Wenn die Offiziere mit schwarz-weiß-roten Fahnen demonstrierend durch die Straßen ziehen bis an das Wilmersdenkmal, wenn sie „Heil Dir im Siegerkranz“ singen, dann merkt man wenig von der Energie des Herrn Roske. Die Arbeiterklasse ist aber vor allen Dingen deswegen von Mißtrauen gegen diese Regierung erfüllt, weil die neue Regierung auch das nicht gebracht hat, was sie mit Sicherheit erwartete, was man nach Kriegsende auch erwarten mußte: die Amnestie. Herr Roske findet sich leicht damit ab, daß Hunderte nachweislich im Gefängnis seien. Für somit, für menschlich fühlende Politiker gilt je das Wort: Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr sie der Pein. Die Tausende von Frauen, die Tausende von Kindern der in Schulpfort befinnlichen und in Gefängnissen eingesperrten haben ein Recht zu verlangen, daß man endlich ihre Männer und Väter ihnen wiedererlaubt, daß endlich einmal der Mißtrauen der Bevölkerung vollzogen wird. Ich ermarke es nicht von Herrn Roske, ich erwarde es nicht von Herrn Roske, ich glaube aber doch, daß man eine solche Forderung noch an diejenigen Minister stellen kann, deren Denken und Fühlen mit normalem Maße gemessen werden kann. Auch diese sozialistischen Minister haben das verbrochen, was sie selber angebetet haben. Aber ich nehme an, daß sie nicht weiter eine solche Selbstbescheidung vor der ganzen Welt vorziehen wollen, wie wir sie bisher erlebt haben. (Beifall bei den U. S.)

Gewerkschaftliches.

Beendigung des Schmiedestreiks.

Der Schlichtungsausschuss, vor dem über die Forderungen der Schmiede der Berliner Großbetriebe verhandelt worden ist, hat einen Schiedsspruch gefällt, der von den Unternehmern unter Protest angenommen worden ist. Danach ist die Affordabst für Schmirmeier auf 8,90 Mark für Helfer am Feuer auf 2,60 bis 3,00 Mark festgesetzt worden, das gleichen für Schmirmeier an Pressen, Halbdämmern und Schmiedemaschinen 3,00 Mark, für Helfer 2,70 Mark. Für Halbdämmereinführer beträgt der Lohn 2,20 Mark, nach dreijähriger Tätigkeit als solche, 2,80 bis 2,50 Mark; die Affordabst für Hammerführer 2,50 Mark. Für letztere muß die Zulage mindestens 10 Pfg. pro Stunde betragen. Alle Streitigkeiten werden wieder eingestellt und erlischt das Arbeitsverhältnis keinerlei Unterbrechung. Alle Kündigungen werden rückgängig gemacht.

Am Montag nachmittag beschaffte sich eine Versammlung der Streikenden mit diesen Zugeständnissen des Schiedsspruches. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß falls der Schiedsspruch angenommen werden sollte, dies nur unter gewissen Vorbehalten angesichts der jetzigen Situation geschehen könne. Gegen wenige Stimmen wurde hierauf beschlossen, dem gefällten Spruch zuzustimmen, und zwar unter dem Vorbehalt und Protest, daß die Schmiede gegenüber dem absehbaren Verhalten der Unternehmer das Recht für sich in Anspruch nehmen, notwendig werdende Forderungen zu vertreten, solange nicht der Arbeiterschaft das Kontrollrecht innerhalb der Betriebe eingeräumt ist. — Die Ausschussmitglieder in den betreffenden Betrieben werden unterjährig mit den Betriebsleitungen die nötigen Pufführungsbestimmungen zu dem Schiedsspruch festlegen.

Nachdem einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit gestoppt am Mittwoch früh wieder aufzunehmen, richtete Bevollmächtigter Teil der Streikenden Appell an die Versammlung, die beim Streik besetzte Solidarität überallhin zu bekunden, wo die Interessen der Arbeiterschaft bekannt werden.

Die Zentral-Organisation hat sich gezwungen gesehen, für die

gestellten fremder Firmen keine Ausweise mehr auszugeben, da die Gefahr vorlag, daß gelbe Elemente mit denselben Mißbrauch getrieben hätten. Diese notwendige Maßnahme ist mit Zustimmung der Organisationsleitung erfolgt.

Die Willkürherrschaft der Eisenbahndirektion.

Eine Versammlung der wegen des Streiks entlassenen Eisenbahner fand am Montag im Gewerkschaftshaus statt. In derselben wurde berichtet, daß der Schlichtungsausschuss sich aus Kompetenzgründen ablehnte, die Sache zu behandeln. Es sollen nun vor dem Reichsarbeitsamt Verhandlungen stattfinden. Es wurde lebhaft gefordert über die mangelnde Solidarität der Kollegen, die jedes Vorgehen erschwere. Eine dreigliedrige Kommission wurde beauftragt, in Gemeinschaft mit der Bezirksleitung und dem Hauptvorstande des Eisenbahnerverbandes bei der Gewerkschaftsfürsorge vorstellig zu werden, um den Gemäßigten die Gewerkschaftenunterstützung zu erwirken. Es trat in der Diskussion zugute, wie willkürlich die Entlassungen vorgenommen wurde. Einige arbeiteten schon wieder drei oder vier Tage und wurden dann entlassen, andere kamen vom Urlaub zurück und fanden ihre Kündigung vor. Darauf geht klar hervor, daß man genau auswählt, wen man entläßt und daß die Entlassungen keineswegs nur aus dem Grunde vorgenommen werden, daß die Betroffenen am 2. Juli nicht zur Arbeit erschienen. Wer irgendwelcher radikalen Meinungen verdächtig ist und sich in diesem Sinne betätigt, steigt. Man fragt sich erstaunt, ob wir ebenfalls Revolution gefordert haben, ob die Fragen des Mitbestimmungsrechts, der Betriebsdemokratie nur rein akademisch erörtert wurden. Hier haben wir wieder erneutes Beweismaterial, wie wenig sich geändert hat, wie sehr gerade der einzelne Arbeiter dem Herrenstandpunkt des Unternehmers ausgesetzt ist. Daß dieser Unternehmer hier „S. a. a.“ heißt, daß an diesem Stand eine dürgerlich-sozialistische Regierung steht, macht die Sache nur noch trauriger.

Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Am Sonntag nachmittag fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Berliner Ortsgruppe des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter statt, in der Junghans den Bericht vom Verbandstag erstattete. In längerer Rede gab der Berichterstatter ein Bild der Verhandlungen, die in ihren Einzelheiten ja durch die Tagespresse bekanntgeworden sind. Die Opposition trat auf dem Verbandstag in sozialer Weise hervor, konnte aber mit ihren Meinungen und Anträgen nicht durchdringen. An den Bericht schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, in welcher die Vertreter beider Richtungen ausführlich zu Worte kamen. Die Diskussion drehte sich fast ausschließlich um die Frage Arbeitsgemeinschaft oder Rätesystem.

Von der Ortverwaltung wurde hervorgehoben, daß nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland im Brauerei- und Mühlenarbeiterverbande tarifliche Abmachungen beständen, die ja schon eine Arbeitsgemeinschaft darstellten. Wollte man nun damit brechen, so müßten alle bestehenden oder noch abzuschließenden Verträge momentan ein Ende gemacht werden. Einige Gegner der Opposition begründeten ihre gegenwärtige Auffassung auf unbedingte Einführung des Rätesystems und legten der Versammlung eine Resolution vor, welche die Arbeitsgemeinschaft bewirkt und an ihre Stelle das Rätesystem setzt. Die große Mehrheit der Diskussionsredner erklärte sich mit den Beschlüssen des Verbandstages und der Haltung der Berliner Delegierten einverstanden. Die von der Opposition eingereichte Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zum Schluß erklärte sich die Versammlung mit der Erhöhung der Beiträge für Gewerkschaftskommission und Gewerkschaftshaus einverstanden, alle anderen Tagesordnungspunkte wurden bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Generalversammlung der Fleischer.

In der Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer gab Kollege Krause den Geschäftsbericht des II. Quartals 1919. Trotz der großen Arbeitslosigkeit waren im II. Quartal 1138 Neuaustritten zu verzeichnen. An Einnahmeständen wurden im II. Quartal entrichtet 66 995 gegen 45 792 im I. Quartal, ein Beweis, daß die Mitgliederzahl in der Organisation trotz der großen Propaganda zugenommen hat.

Kollege Kolin gab den Bericht vom 7. Verbandstag. Manches Erdrückende für die moderne Arbeiterbewegung ließ sich herausheben. Die Majorität der Delegierten vertrauen das Platz Land. Der Verbandstag ließ sich noch wenig vom revolutionären Geist erkennen. Die 7 Berliner Delegierten stimmten sich ein.

Bei der Wahl des Hauptvorstandes wurden die Vorschläge der Vertrauensmännerkonferenz angenommen, desgleichen zum Verbandsvorstand. Die Gewählten bekannten sich ausnahmslos zu Unabhängigen des Rätesystems. Kollege Urban sprach zum Schluß über die Stellung im Volksgesetz und alle Anwesenden waren mit ihm darin einig, daß es bald als möglich allgemeine Neuwahlen für Groß-Berlin stattfinden müssen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Präsidat Groß-Berlin, hielt am 25. Juli seine Generalversammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Hoffmann. Die Mitgliederzahl stieg im II. Quartal von 28 630 auf 35 730; darunter 8838 weibliche und 108 jugendliche Mitglieder. Die Hauptkoste belastete in Einnahme und Ausgabe mit 278 145 Mark; davon wurden in bar 184 430 Mark an die Kasse abgeführt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Ueber den X. Gewerkschaftstagesbericht der Verbandsvorstände Redmann. Seine Tätigkeit aufgenommener Ausführenden gipfelte in der Wohnung zur Einigkeit. Rament der Opposition des Kongresses nahmen die Kollegen Franzos Beng und Hertel das Wort. Eine Entschädigung wurde nicht gefordert. Die Versammlung beschloß die Anstellung der Kollegen Brennow und Ransch als Agitationsleiter und Reichsleiter als Hilfsarbeiter. Weiter berichtete Kuntz über die Verhandlungen der Tarifkommission mit den Vertretern der Groß-Berliner Gemeinden. Auf den Vergleichsvertrag des Zentralverbandes, eine wöchentliche Zulage von 20 Mark zu gewähren, dem die Arbeiter zugestimmt haben, haben die Gemeinden ein Angebot von 10 Mark. Die Tarifkommission hat dieses Angebot abgelehnt und erwartet den Schiedsspruch des Zentral-Ausschusses, der am 23. Juli erfolgen soll. Die Versammlung stimmte der Forderung der Tarifkommission zu.

Eine Mitgliederversammlung der Arbeiter Berlin des Verbandes der Buchdrucker-Arbeiter beschäftigte sich mit einem Vorschlag der Prinzipale, für 10. Ueberstunden nicht mehr die festgesetzlichen tariflichen Zuschläge zu zahlen, sondern die Bezahlung nach dem Modus, wie für die Buchdrucker festgelegt, vorzunehmen. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, an den tariflichen Säben festzuhalten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen besproch die Versammlung den im Juni festgestellten Zustand. Große Entrüstung riefen die in einzelnen Blättern und von der V. V. A. herausgegebenen Artikel über diesen Streik hervor. Dort wurde das Gerücht verbreitet, daß der Streik einen politischen Hintergrund habe. Wie von allen Gewerkschafts- und Lohnkommissionen abgelehnt wurde, ist der Streik aus rein wirtschaftlichen Motiven entspringen. Auch allen anderen umlaufenden Gerüchten wurde scharf entgegengetreten. So vor allem dem Gerücht, daß der Streik wegen Mangel an Mitteln abgebrochen wurde. Es wurde festgestellt, daß für genügende Unterhaltungsmittel gesorgt war. Weiter sollte man die Ueberholer solcher Gerüchte nicht feststellen. In den Verhandlungen

